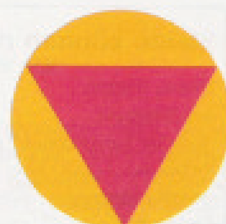
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

FEBRUAR 2/92

Steine sind keine politischen Argumente

Bemerkungen zur Pressemeldung

Am 1. Januar 1992, kurz nach 23.00 Uhr, wurden uns Grüße in besonderer Art für das Neue Jahr übermittelt:

Mit 2 Steinen wurden unsere Fensterscheiben zertrümmert.

Das Foto (auf dieser Seite) beweist, die Täter haben bewußt den "Roten Winkel" angepeilt. Der "Rote Winkel" war das Kennzeichen für alle politischen Häftlinge in den KZ's des Hitlerregimes. Ob Kommunist, Sozialdemokrat oder Konservativer, grundsätzlich alle Inhaftierten mußten den "Roten Winkel" tragen.

Alle KZ-Häftlinge wurden mit einem farbigen Winkel gekennzeichnet. Damit wollten die Nazis den Mann/die Frau demütigen und für die Wachmannschaften kennzeichnen.

Für die Teilnehmer an der **"Ersten Interzonalen Länderkonferenz der VVN"** vom 15. - 17. März 1947 gab es keinen Zweifel:

Das Ehrenzeichen der Mitglieder ist der "Rote Winkel". Rote waren für das Naziregime alle politischen Gegner, die ohne Urteil oder nach verbüßter Haft in die KZ's kamen. Rote waren für den berüchtigten Freisler, Richter am Volksgerichtshof, die Männer des 20. Juli. Rote waren die Christen, wie der langjährige Präsident der VVN-BdA, Kaplan Dr. Josef Rossaint. Juden, die nach der Haft als politisch Verurteilte ins KZ eingeliefert wurden, trugen nicht den gelben Stern, sondern den Roten Winkel.

Der Stein auf den "Roten Winkel" im Fenster des Büros der VVN-BdA Bremen e.V. ist ein Stein auf alle demokratischen Kräfte in den alten und neuen Bundesländern. Es ist nicht das erste Mal, daß die Scheiben unseres Büros mit harten "Argumenten" zu Bruch gingen. Es ist auch nicht das erste Mal, daß unsere Kameraden per Telefon oder per Schreiben bedroht worden sind. Es darf auch nicht vergessen werden, daß nicht erst seit der Gründung der BRD die VVN verunglimpft, verfolgt und mit Verbot bedroht wurde.

Es waren die Kameradinnen und Kameraden der VVN, die die Ausschüsse gegen die Remilitarisierung, für die Erhaltung der Einheit Deutschlands und für einen Friedensvertrag leiteten. Für diesen Einsatz wurden u.a. auch VVN-Kameraden verurteilt.

In der Zeit des Kalten Krieges war Berufsverbot die Peitsche besonders gegen junge Frauen und Männer, die den Beruf des Lehrers wählen wollten oder gewählt hatten. Es gibt heute noch studierte Lehrer, die durch das Berufsverbot nocht nicht in ihrem Beruf tätig sind. Für all diese Opfer des Kalten Krieges unterstützt die VVN-BdA die Forderung nach Entschädigung.

Steine gegen den "Roten Winkel" sind Steine gegen eine demokratische Entwicklung im vereinigten Deutschland.

Willy Hundertmark



Einladung zur Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen

Samstag, 14. März 1992, in der Altentagesstätte Haferkamp, Beginn 15.00 Uhr, Mitgliedsbücher bitte mitbringen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungsleitung und Ausschüsse
3. Berichte des Landesvorstandes und des Kassierers
4. Antifaschismus in den neuen Ländern (Carlheinz von Brück, IVVdN)
5. Aussprache, Entlastung
6. Wahl des/der Vorsitzenden, stellv. Vorsitzenden, geschäftsführenden Vorstandes, Kassierers
7. Wahl der Bremer Mitglieder des Bundesausschusses
8. Schlußwort, anschließend gemütliches Beisammensein

Trotz der drei Anschläge auf das Büro feiern wir in das 46. Jahr des Bestehens der VVN hinein.

Steine können nichts dafür

Steine fliegen
auf Besatzer.
"Das ist Terrorismus" und geht uns nichts an
- sagt Mann -
Steine fliegen
auf Sachen, Häuser und Einrichtungen
die benutzt werden, um den SCHADEN des Volkes zu mehren und
das Wohl von ihm zu nehmen (Waffen/Waffendepots/großtechnische-Wahnsinnsanlagen und -projekte)
"das ist staatsfeindlich UND Terrorismus
- sagt Mann -
Steine fliegen
in das Schaufenster des VVN-Büros.
"Das war nur ein Silvesterscherz von übermütigen Jugendlichen"
- sagt Mann -
WER
ist eigentlich "Mann", der immer die Wahrheit weiß?
ICH TRAUE IHM NICHT, DEM EINÄUGIGEN.

Irmgard

Presseerklärung

Der Geschäftsführende Vorstand (G. V.) der VVN-BdA Bremen e.V. erklärt zu dem erneuten Anschlag auf sein Büro (siehe WK vom 04.01.92):

Seit längerer Zeit werden per Telefon bekannte Mitglieder unserer Vereinigung bedroht. Überfälle auf unser Büro erfolgten immer dann, wenn Rechtsradikale ein poltisches Hoch registrierten, so im Gefolge der Einheit Deutschlands, der Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Gezielt wurde ein Stein auf unser Emblem mit dem roten Winkel, den alle Politischen im KZ tragen mußten, geworfen.

Ein weiterer Steinwurf galt einem Poster zu einer antifaschistischen Ausstellung von 1983. Diese Ausstellung war als gemeinsame Arbeit von Senat, Parteien, Gegnern und Opfern des Naziregimes unter dem Titel "Trotz alledem" erstellt worden.

Während bei früheren Angriffen auf unser Büro gleichzeitig Anschläge gegen das Denkmal zur Geschichte des ehemaligen "Spielplatzes an der Nordstraße" erfolgten, war diesmal unser Büro das alleinige Ziel.

Wir erwarten, daß die Polizei und der Verfassungsschutz diesmal die Täter finden.

Der letzte Überfall vom 17.01.1987 ist nämlich noch nicht aufgeklärt, obwohl der Überfall unmittelbar nach einem Aufmarsch der rechtsradikalen F. A. P. erfolgte.

Wie erinnern an die beständige Arbeit der VVN-BdA in Bremen, Denkmäler, Gedenkplatten und Wandbilder, die Geschichte der faschistischen Verfolgung und des antifaschistischen Widerstandes öffentlich zu machen. Den neugebildeten Senat haben wir zur Kenzeichnung wesentlicher historischer Punkte in unserem Land aufgefordert.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. des Landesvorstandes

Willy Hundertmark

Deutschland nur den Deutschen?

"Man solle doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, schließlich könnten Bindungen ja nicht auf Blutrecht beruhen. Es komme ja schließlich darauf an, wo ein Mensch aufwachse, wor er/sie sich zu leben entschieden habe." Derya Mutlu (AWO-Beratungsstelle) äußerte sich zu 11 Thesen Wolfgang Kowalskys zum Einwanderungsland Deutschland.

Eine sehr illustre Zusammensetzung sorgte für heftige Diskussionen am 13. Januar im Hotel Arcade.

Auf Einladung der Landeszentrale für politische Bildung kamen Behördenvertreter, Betriebsräte, Ausländerkulturvereine und ...Ökofaschisten wie E. A. Meyer (bislang bekannt als Vertreter der Stillen Hilfe für NS-Terroristen und -Täter) und Frau Hönneke (Leserbriefschreiberin).

Ihr Bestreben war es, davor zu warnen, die Deutschen könnten eines Tages in einem Indianerreservat enden. Artgemäß gehe es wie in der Tierwelt zu, der Mensch sei Herdentier. Manchen ließen solche Ausführungen unruhig auf dem Stuhl hin- und herrutschen.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Zentralthese Kowalskys, die Asylfrage könne nicht vom Thema Einwanderung getrennt werden, es sei das einzig legale Schlupfloch. So übersteige die Einwanderung auch die der USA, wo es Quoten gebe. Es müsse klar festgelegt werden, wer bleiben dürfe, wer gehen müsse. Bei rechts und links herrsche Lagermentalität. Von rechts die bekannten irrationalen Argumente, Arbeitsplätze und Wohnungen seien gefährdet, und die Überfremdungsthese, die guten Deutschen seien von brutalen kriminellen Ausländern bedroht. Die Linken erhöben den Vorwurf der Selektion, sähen die Ausländergesetzgebung als faschistoid und leugneten die Nation. Scharf wandte er sich gegen das Einbringen der NS Vergangenheit in die Asyldebatte. Unkontrollierte Einwanderung gefährde den Wohlstand, vom Rassismus sei einzig und alleine der Antirassismus übriggeblieben, weil er doch kämpferisch ist. Soziale Probleme von Jugendbanden führten in allen Ländern zu ähnlichen Erscheinungen. Unser Rassismus sei nicht grundlegend anders als anderswo. Erst als er sich sozialen Problemen zugewandt und sich von der NS Vergangenheit distanzierte, habe Le Pen Zulauf bekommen. Bei der Einwanderung gehe es heute darum, daß republikanisch-demokratische Werte von allen anzuerkennen seien, wozu auch die Trennung von Kirche und Staat gehöre, und daß die Bindung an die Heimat aufzugeben sei. Daher lehne er auch muttersprachlichen Unterricht ab. Um in die Gesellschaft eingegliedert werden zu können, müsse Deutsch gelernt werden.

Güle Iletmis (DAB-Geschäftsführerin) wies darauf hin, daß sie mit oder ohne deutschen Paß hier als fremd gelte. In der NS-Zeit seien viele Juden ausgegliedert worden, da bleibe noch etwas nach. Aline Bathelemy (Mosaik-Vorsitzende) wies auf die Rolle westlicher Industriestaaten in den Staaten der unterentwickelt gehaltenen Länder der 2./3. Welt hin. Ahmet Tavakuli vom Kulturamt zeigte am Beispiel der skandinavischen Länder, daß gleiche Rechte kein Tabu bleiben müssen. Interessant war die Information von H. Wullekul, die Diskussion um den Asylartikel im Grundgesetz werde auf die lange Bank geschoben, weil mit Übernahme der EG-Normen Ende 1993 der individuelle Rechtsanspruch auf Asyl sowieso gestrichen werde.

Raimund Gaebelein

*WENN
alle „Anerkenner"
ihre Kriterien
für Anerkennung
SELBER
erfüllen würden —
DANN
sähe unsere Welt
um die Hälfte
BESSER aus!*
20

Über Reformen muß das Volk entscheiden

Bremen hat einen Ampel-Senat

Bei dem Wahlergebnis ist diese Koalition eine vernünftige Lösung. Die personelle Lösung zu kritisieren ist nicht unsere Aufgabe. Kritik können wir erst dann ansetzen, falls auch im Lande Bremen die Entwicklung neuer demokratischer Reformen oder der Einsatz für den Frieden gehemmt werden.

Das Land Bremen ist keine Insel und die Probleme, die in der Bundesrepublik und weltweit sind und noch entstehen, machen keinen Bogen um unser kleines Land. Innenpolitisch stehen keine Lösungen des § 218, der Kindergartenfrage und anderer sozialer Fragen ins Haus. Innenwirtschaftlich gibt es günstig - ungünstige Prognosen über die Entwicklung des Sozialprodukts. Dazu gibt es Lohnforderungen und Maßhalteappelle. Mit dem Hinweis, den neuen Bundesländern müsse solidarisch geholfen werden, sollen die Gewerkschaften reglementiert und Steuererhöhungen für den "kleinen Mann" und Steuergeschenke für den "großen Mann" durchgedrückt werden.

Das sind nur einige Probleme.

Die Diskussion um grundlegende Veränderungen der Verfassung nehmen konkrete Formen an. Ein Ausschuß des Bundestages hat sich konstituiert. Für das Land Bremen wird offensichtlich geplant, dieses durch eine "Verfassungsreform" in einen Nordverband zu reformieren.

Die Bürger der "Ampel" sollten rot zeigen. Eine andere Falle könnte zuklappen: In Mastricht sind für die Republik verfassungsändernde Beschlüsse gefaßt worden. Es besteht die Möglichkeit, daß zwei Drittel des Bundestages diese Beschlüsse billigen und damit wären §§ im GG, die die Wähler nicht wollen. Darum lautet die Forderung, die neue Verfassung muß öffentlich behandelt werden - einschließlich der Beschlüsse von Mastricht.

Es sollte aber auch vom Volk über die Verfassung entschieden werden.

Kalle

Deutsch/Deutsches

"Das bessere Regime" hat gesiegt - und siegt weiter:

die tageszeitung vom Freitag, 20.12.91

OBDACHLOSE

Fast eine Million

Saarbrücken (afp) - In der Bundesrepublik sind nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes 800.000 bis eine Million Menschen obdachlos.

Irmgard

"Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien, heidi..." usw.

Wer kennt diesen Karnevalsschlager nicht? Er wies auf die damaligen 3 Besatzungszonen im Westen Deutschlands hin. Schon damals war dieses Lied sehr umstritten, weil es nicht alle Besatzungszonen berücksichtigte und nicht das gesamte Deutschland mit seinen 4 Besatzungszonen. Die Absprachen der Siegermächte von Jalta und Potsdam wurden bewußt und mit Billigung der westlichen Siegermächte unterlaufen.

In den Jaltaer und Potsdamer Abkommen hat die UDSSR mit Stalin darum gekämpft, daß das deutsche Volk nicht vernichtet und aufgelöst wird, wie es bestimmte Pläne der Westmächte vorsahen. Alle faschistichen Verbrechen sollten gesühnt, die ideologischen Gedanken und Wurzeln in Wort, Schrift und Bild und vor allem die Organisationen verboten werden. Nach Durchführung dieser Auflagen sollte es zu einem Gesamtdeutschland mit einer neutralen Regierung kommen, mit der ein Friedensvertrag abgeschlossen werden konnte.

Alle Bemühungen seitens der in Deutschland bestehenden Verwaltung um eine einheitliche gesamtdeutsche Verwaltung wurden abgelehnt. Insgeheim wurde eine neue Währung für die 3 westlichen Zonen vorbereitet, um die Zusammenarbeit mit der ostdeutschen Zone abzubrechen.

Selbst die Bemühungen Stalins, noch in letzter Minute eine gemeinsame Lösung für alle 4 Besatzungszonen zu erreichen, wurden weder genutzt noch gewollt.

Warum? Man hatte sich doch zur Niederwerfung des faschistischen Deutschlands zu einer gemeinsamen Allianz verbündet, ging es dabei um unterschiedliche Interessen oder was? In der Tat, es gab unterschiedliche Interessen. Die UDSSR führte einen Befreiungskampf gegen das faschistische Deutschland, mit dem Ziel, den Faschismus zu besiegen und zu vernichten, nicht aber das deutsche Volk. Den westlichen Mächten ging es darum, die Deutschen, die man als Wolf im eigenen kapitalistischen Lager ansah, zu vernichten. Man hatte ja mit diesen Deutschen schon mal im ersten Weltkrieg schlechte Erfahrungen gemacht, denn die wollten damals so wie auch jetzt die Vormachtstellung in der Welt. Faschistische Strukturen, Methoden und Regierungsformen zur Erhaltung kapitalistischer Macht erschienen ihnen selbst nicht fremd oder unpassend.

Betrachtet man nun die Geschichte von dieser Seite, wird einem auch so manches klar, z.B., wie es zu einer solchen Entwicklung in Deutschland und in der Welt gekommen ist, wie wir sie heute vorfinden.

Helmut

Der Bundesminister des Innern schreibt:

An den Arbeitskreis Flüchtlinge Sachsen
z. Hd.
Frau Marita Schieferdecker-Adolph
Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
O-8010 Dresden

Sehr geehrte
Frau Marita Schieferdecker-Adolph!

Zu Ihrem Schreiben vom 15. März 1991 betreffend die Rechtsstellung der auf Grund von Regierungsabkommen der ehemaligen DDR mit ihren Herkunftsländern in die ehemalige DDR eingereisten ausländischen Arbeitnehmer kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Die Rechtsstellung der von Ihnen angesprochenen Arbeitnehmer ist im Rahmen der deutschen Einigung eingehend erörtert worden. Die nunmehr gefundene rechtliche Regelung gibt diesen ausländischen Arbeitnehmern ein Aufenthaltsrecht, dessen Dauer sich an der ursprünglich geplanten Vertragsarbeitszeit orientiert. Nach Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes am 1. Januar 1991 erhalten diese Arbeitnehmer daher eine Aufenthaltsbewilligung nach § 28 AusLG, die bis zum Ablauf dieser ursprünglich vorgesehenen Frist verlängert werden kann.

Ein darüber hinausgehendes Bleiberecht kann diesen ausländischen Arbeitnehmern dagegen nicht gewährt werden. Die Gleichbehandlung mit den Werkvertragsarbeitnehmern, die auf der Basis von Regierungsabkommen der Bundesrepublik Deutschland eingereist sind und nach Ablauf der vorgesehenen Vertragszeit wieder ausreisen, gebietet vielmehr, auch bei den Vertragsarbeitnehmern im Beitrittsgebiet die zeitliche Befristung ihres Aufenthaltes beizubehalten. Lediglich für Vertragsarbeitnehmer, die sich am 1. Januar 1991 bereits mehr als 8 Jahre in Deutschland aufgehalten haben, sieht § 11 Abs. 2, 3 Arbeitsaufenthalteverordnung die Möglichkeit vor, ihnen eine verfestigungsfähige Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.

Die Regelungen entsprechen im übrigen dem gesetzlich festgelegten Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer. Sie berücksichtigen auch, daß die fünf neuen Länder durch die Integration mehrerer tausend ausländischer Arbeitnehmer, die dann ggfs. auch ihre Familienangehörigen nachziehen lassen würden, angesichts der derzeitigen Lage des Arbeitsmarktes überfordert würden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.Berger

Aus einem Brief von Freunden aus den "fünf neuen Ländern"

...Außerdem ist der Postweg sehr langsam. Im Ergebnis der Wende könnte man mit Ironie sagen, die Post ist wesentlich teurer, dafür aber auch langsamer geworden. Es gibt inzwischen viele Dinge, mit denen die meisten Leute nicht einverstanden sind. Jetzt geht es nicht mehr vorrangig um das Geld, sondern darum, endlich Schluß zu machen mit der Diffamierung, Denunzierung, Kriminalisierung, Okkupierung usw. der ehemaligen DDR und ihrer Bürger. Es fehlen nur noch ein paar Funken und es wird neue Demonstrationen geben, dann aber viel härter als 1989.

Ist das ein neues Zeichen?

Am 15.01.92 ging durch die Presse diese Meldung:

"Die Grünen" beabsichtigen, die Abgeordneten prüfen zu lassen, ob sie bei den Reisen nach Rostock in der DDR mit der "Stasi" gekunkelt haben. Ich ergänze, vielleicht oder nicht, oder doch ist der Partnerschaftsvertrag ein Stasi-Abkommen? Da müßte doch der Senat auch überprüft werden, denn der hat unterschrieben.

Ich wundere mich, daß die CDU nicht auf diesen Gedanken gekommen ist.

Ja, halt, Bernd Neumann u.a. waren ja auch ständige Gäste in Rostock. Sind die vielleicht auch Umgedrehte?

Aber da fällt mir ein, da gab es doch auch mindestens einen "Grünen", der in Rostock "Die Grünen" aufgebaut hat. Oder vielleicht auch mit der "Stasi". Denn, so wird gesagt, in der DDR gibt es 16 Millionen Täter und 16 Millionen Opfer. Damit ist nichts gegen Staatssicherheitsdienste gesagt, denn Staatssicherheit muß sein - wenn auch nicht so wie im Osten. Wo wäre die alte BRD wohl gelandet, wenn die Staatssicherheitsdienste nicht all die Gegner der FdGO enttarnt hätten und immer noch.

Aber, daß "Die Grünen" vergessen, daß sie angetreten sind, neue Zeichen in dieser Republik zu setzen, macht mich traurig.

Willy Hundertmark

"Wie die Alten sungen - so zwitschern auch die Jungen"

1. Die Obrigkeit deportiert "Unerwünschte" -

1.b Das Volk schweigt

1.c Viel später erst kommt Protest, Gedenkmärsche

2. Die Obrigkeit deportiert "Unerwünschte"

2.b Das Volk (diesmal sind WIR das!) schweigt

2.c - und? Nichts, und - "wir verteidigen uns ja nur gegen die Ausländerflut"

un-menschlicher, un-ehrlicher, heuchlerischer geht es wohl nicht mehr.

Nach meiner, völlig unmaßgeblichen, Meinung handelt es sich IN BEIDEN FÄLLEN UM VORSÄTZLICHEN MENSCHENRECHTS-BRUCH!

(Das Problem ist "nur": wie bringt man/frau das den "anständigen Deutschen" bei???)

Irmgard

Spuren im Sand

Meine Schritte werden verschlungen
von leckenden, wogenden, brausenden Zungen.
Mein streitheißer Kopf wird ausgekühlt,
wenn er die Kälte der Stürme fühlt.
Eiskalte Winde verwehen den Sand,
doch hartnäckig streif ich durch unwirtlich Strand.
Und in den Körnern, die trotzen dem Sturm
bleibt erhalten meine Spur...

A. S. 9.9.85 (105)

Traurig macht mich Nebel,
umhüllend eine kleine Welt.
Der schwarzen Zweige Silhouetten
haben mir davon erzählt,
was es heißt, so hoch zu streben,
sich im Sturme auszuleben...
Brauchen mir nicht zu berichten,
wie der Schmerz das Mark durchdringt
in der nun erzwungnen Starrheit,
von Nebelschwaden nur umringt.

4.4.86 (175)

WER ZUHAUSE BLEIBT, WENN DER KAMPF BEGINNT
UND LÄßT ANDERE KÄMPFEN FÜR SEINE SACHE
DER MUß SICH VORSEHEN: DENN
WER DEN KAMPF NICHT GETEILT HAT
DER WIRD TEILEN DIE NIEDERLAGE.
NICHT EINMAL DEN KAMPF VERMEIDET
WER DEN KAMPF VERMEIDEN WILL: DENN
ES WIRD KÄMPFEN FÜR DIE SACHE DES FEINDS
WER FÜR SEINE EIGENE SACHE NICHT GEKÄMPFT HAT.

BERTHOLT BRECHT

Hoffnung für Deserteure

Aus einem Brief des Kamreaden Lorenz Schreimel an die "Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V."

Gewiß ist es keine leichte Aufgabe, sich im Kampf um eine gerechte Sache zu behaupten, noch dazu zu Lande, wo neofaschistische Elemente immer frecher auftreten, Mord, Totschlag und Brandstiftung sowie Angst und Schrecken verbreiten, dies alles nicht mit energischer Exekutive unterbunden wird, zum Teil bewußt heruntergespielt wird, andererseits am Horizont Umdenkungslichter zu erkennen sind, nicht nur die Todesurteile der faschistischen Mörderbande, auch zaghaft alle anderen politischen Urteile der Militärjunta als Unrecht gebrandmarkt werden. Die ersten Erfolge des jahrelangen Kampfes um Anerkennung der Unrechtsurteile, dem "verlängerten Arm" der faschistischen Barbarei, sind zu verzeichnen.

Gewiß ein Tropfen auf den heißen Stein, doch Hoffnung für viele vergessene Opfer der faschistischen Barbarei und Mut zum Weiterkämpfen, wer heute schweigt oder gar kapituliert, gießt Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten, wenn wir auch keinen eigenen Rundfunk haben, dafür aber einen Mundfunk! Das Bewußtsein in den Hirnen der Deutschen zu wekken, daß all die Widerstandskämpfer gegen das verbrecherische faschistische Regime mit beigetragen haben, dieses zu beseitigen und eine humane Gesellschaft herbeizuführen!

Natürlich kann man nicht die einen oder anderen Opfer katalogisieren, wer bewußt seine Haut für die Liquidierung und Kapitulation der Faschisten einsetzte, aber endlich müssen diese in jener "Wohlstandsgesellschaft" einen Ehrenplatz und ausreichende Entschädigung erhalten. Verräter am deutschen Volk sind nicht die Wehrkraftzersetzer, Saboteure, Desserteure usw., es sind die Mörder, die zum Teil noch unter uns sind, sich bis zum Erbrechen "vaterländisch" gebärden und dicke Pensionen einstreichen. Thomas Mann brachte es auf den Nenner: Jene sind es, welche den deutschen Namen vor Gott und der Welt zur Greuel machten, der Glanz der DM blendet die Vergangenheit nicht aus.

Die Chancen für gerechte Entschädigungen liegen nicht allein in der Hand von Waigel, die BRD ist nicht der Nabel der Welt, kritisch richten unsere Nachbarn die Blicke auf unser Land und messen auch daran, wie man mit der faschistischen Vergangenheit umgeht. Ein Grund zum Resignieren besteht meines Erachtens nach auch für 1992 nicht!

Offener Brief

an die Senatorin für Kultur, Ausländerintegration, Jugendarbeit, Frau Dr. Helga Trüpel vom 22. Januar 1992

Sehr geehrte Frau Dr. Trüpel,

des Weser Kurier vom 15.1.1992 mußten wir mit Entsetzen entnehmen, daß sich Karl-Heinz Vorsatz vorgenommen hat, am 23.1. zum Sprecher der Kulturdeputation gewählt zu werden. Herr Vorsatz ist uns aufgrund seiner jahrelangen Tätigkeit als NPD-Vorsitzender in Bremen hinlänglich bekannt. Es ist für uns erschrekkend, auszumalen, welche Art von Kulturkahlschlag er einleiten wird. Das entschlossene Nein der Kultursenatorin zu einer solchen Wahl begrüßen wir nachdrücklich!

Wir möchten Ihnen unsere ausdrückliche Unterstützung für eine antifaschistische, demokratische Kulturpolitik versichern.

Seit mehr als neun Jahren fordern wir die verstärkte Aufklärung in Schulen und Medien über Geschichte und Ursachen der "Ausländer"beschäftigung in unserem Lande. Aufgeklärt werden soll über Lebensweise-, bedingungen und fortschrittliche Kultur unserer Mitbürger ohne deutschen Paß, um die Voraussetzung zur Verbesserung des Zusammenlebens zu schaffen.

Daher war für uns die Schaffung der "Zentralstelle für die Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger" ein erster Schritt zu einem/r Ausländerbeauftragten, deren/dessen Hauptaufgabe im Entgegenwirken gegen rassistische Diskriminierung in Bremen liegen sollte. Wir hoffen daher, daß die inhaltliche Fortschreibung der Integration die positiven Ansätze der Arbeit der Zentralstelle aufgreifen wird. Ein Antidiskriminierungsgesetz und Außenstellen der/des Ausländerbeauftragten in den sozialen Brennpunkten erscheint uns nach wie vor erforderlich. Wir würden die Möglichkeit zu einem Gespräch nachdrücklich begrüßen

Mit freundlichen Grüßen

Raimund Gaebelein-Henkel

Hallo, hier meldet sich die Kasse!

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

ein Monat vom 1. Quartal ist schon um. So schnell vergeht die Zeit.

Denkt bitte daran: Jeden Donnerstag in der Zeit von 15.00 - 18.00 Uhr könne die Beiträge entrichtet werden

Der Kassierer



GEGEN AUSLÄNDER-FEINDLICHKEIT

VVN Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten

Geburtstage im Februar 1992

Meta Böttcher	1. 2.	82 Jahre
Anna Meyer	5. 2.	92 Jahre
Anneliese Fenner	9. 2.	72 Jahre
Johanna Ellmers	17. 2.	74 Jahre
Waltraud Metz	23. 2.	66 Jahre
Irmgard Alfken	23. 2.	61 Jahre

Recht herzlichen Glückwunsch den Kameradinnen und Kameraden!

Der Landesvorstand

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:

Dienstags von 15.00-19.00 Uhr
Tag der Landeskassierer

Mittwochs von 15.00-18.00 Uhr

Donnerstags von 15.00-18.00 Uhr
Tag der Bürokasse
Spenden und Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Freitag von 9.00-12.00 Uhr können nach Absprache mit den Kameradinnen und Kameraden andere Termine vereinbart werden.

Jeden Dienstag von 17.00-19.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 3. Dienstag von 19.00-22.00 Uhr der Landesvorstand

Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Redaktionsschluß: Am 15. eines jeden Monats.

Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister Deichmann Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 0421/ 38 29 14

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Termine

Kreis West

Vorstandssitzung am **Montag, dem 03.02.92**

im Büro um 19.00 Uhr

Montag, 17. Februar 1992

Jahreshauptversammlung der Kreise West und Ost

19.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26

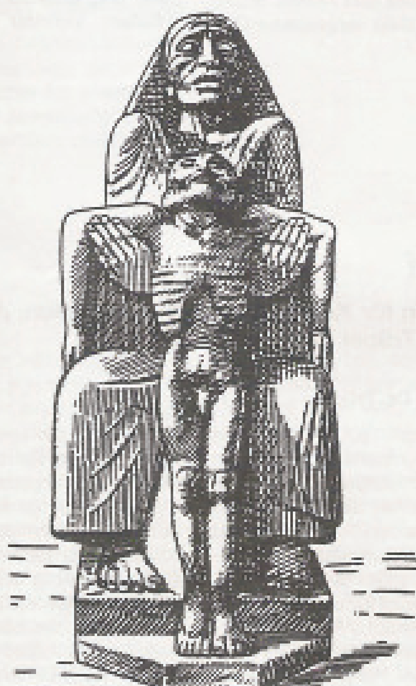
Tagesordnung:

1. Eröffnung, Feststellung der Beschlußfähigkeit
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Bericht der Vorstände, der Kassiererin
4. Aussprache, Entlastung
5. Wahl der Kreisvorstände
6. Wahl der Delegierten zum Bundeskongreß im Mai
7. Schlußwort

Zur Vorbereitung des Bundeskongresses ist der Entwurf eines Orientierungsprogrammes für die 90er Jahre erschienen, erstellt von Lorenz Knorr, sowie eine Fassung von Volkmar Wölk. Wer Interesse hat, diese grundlegenden Materialien zu erwerben, erhält sie für DM 3,-- im Landesbüro.

Bekanntmachung Beratungsdienst

Jeden Donnerstag in der Zeit von 16.30-18.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behördengängen möglich sein.



Gedenken der Opfer der Bremer Räterepublik

am Sonntag, den 2. Februar 1992, um 11.00 Uhr
auf dem Waller Friedhof, Treffpunkt am Haupteingang.

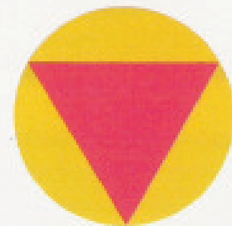
Es laden ein:

Die VVN-BVund der Antifaschisten Bremen e.V.
Der DGB-Kreis Bremen
Die SPD Bremen
Die Sozialistische Jugend –
Die Falken Bremen
Die SDAJ
Die DKP

Es spricht: Conrad Kunick

V.i.S.-d.P.: Willy Hundertmark

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde,

des Friedens,

am Donnerstag den 20. Februar 1992 werden für die Straßen:

Carl v. Ossietzki
Prof. Ludwig Quidde
Berta v. Suttner

neue Straßenschilder enthüllt.
Die 3 Straßenschilder sind dann mit den Lebensdaten dieser Persönlichkeiten und der Auszeichnung als Träger vom

Friedensnobelpreis

versehen.
Die Enthüllung an der Carl v. Ossietzkistr. erfolgt um 11 Uhr durch Pastor Hartmut Drewes

Die Enthüllung des Straßenschildes für Berta v. Suttner erfolgt um 15,30 Uhr durch Frau Ingeborg Kramer - Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden.

Das Straßenschild für Prof. Ludwig Quidde enthüllt um 16 Uhr der Schriftsteller, Helmut Donat

Alle 3 Enthüllungen erfolgen am:

Donnerstag den 20. Februar 1992

Diese Änderungen erfolgen durch die Initiative der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - BdA - Bremen e.V.

Und so werden die Punkte erreicht:
Mit den Bussen 70/71 u 73 - Haltestelle: Ossietzkistr.
Mit der Straßenbahn 2 u 10 bis Haltestelle: Ludwig Quiddestr.
Richtung Sebaldsbrück
Berta v. Suttnerstr. ab Ludwig Quiddestr.

V.i.S.d.P. Willy Hundertmark